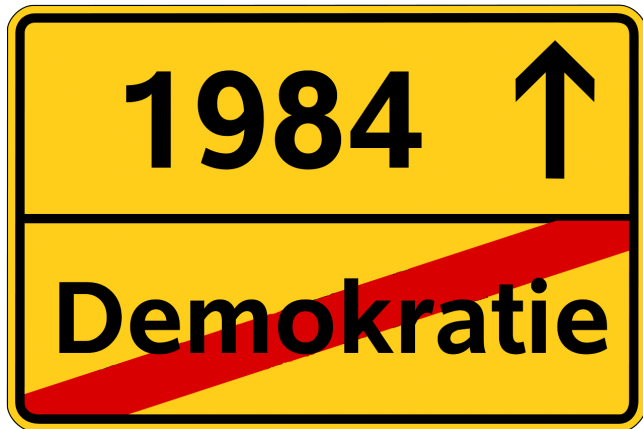


ÜBER UNS

Die Unterwanderungen der Bürgerrechte durch den Staat in Form von Massendatenspeicherung, Rasterfahndungen, Erhebung von biometrischen Daten und Online-Durchsuchungen erfordern ein politisches Gegengewicht.



Der Einführung von Überwachungsgesetzen, wie es in Deutschland zur Zeit der Fall ist, treten die Piraten entschieden entgegen. Durch die angedachten und teilweise bereits verabschiedeten Gesetzesvorhaben werden Bürgerrechte aufgehoben; der Rechtsstaat wandelt sich in einen Überwachungsstaat, wie wir es nur von totalitären Regimen kennen.

PIRATEN WELTWEIT

Seit Januar 2006 haben sich weltweit in 19 Ländern Piratenparteien gegründet: Belgien, Österreich, Finnland, Italien, USA, Frankreich, Großbritannien, Peru, Portugal, Niederlande, Polen, Schweden, Spanien, Südafrika, Russland, Australien, Kanada etc.

PIRATEN IN DEN HESSISCHEN LANDTAG - DEINE STIMME IST WICHTIG!

PIRATEN setzen sich ein

- für Privatsphäre - online und offline
- für informationelle Selbstbestimmung und gegen Online-Durchsuchungen
- für einen freien Wettbewerb und gegen Monopolbildung
- für freie Bildung und gegen Studiengebühren
- für freies Wissen und gegen den Patentwahn
- für den transparenten Staat anstatt eines gläsernen Bürgers
- für mehr Basisdemokratie und gegen Lobbyismus

Für die Wahlzulassung brauchen wir auch Deine Unterstützer-Unterschrift als hessischer Wahlberechtigter! Das Formblatt für Deine Unterschrift und weitere Informationen findest Du unter:

<http://piratenpartei-hessen.de>

<http://piratenpartei-hessen.de>

PIRATENPARTEI LANDESVERBAND HESSEN

Treffen jeden 2. und 4. Mittwoch
ab 19 Uhr im Club Voltaire (1. Stock),
Kleine Hochstraße 5, Frankfurt/Main.

Weitere PIRATEN-Treffen in:
Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt.
Details auf der Homepage!

Klar machen zum Ändern.
MACH MIT!
<http://piraten-hessen.de>



VORRATSDATENSPEICHERUNG

Am 18.04.2007 hat das Bundeskabinett den von Justizministerin Brigitte Zypries vorgelegten Gesetzesentwurf zur Vorratsdatenspeicherung beschlossen, der alle Anbieter von Kommunikationsdiensten (Telefon-, Internet-, Mailprovider usw.) dazu verpflichtet, verdachtsunabhängig künftig die gesamten Verkehrs- und Standortdaten ihrer Nutzer über mindestens sechs Monate für staatlichen Zugriff vorrätig zu halten. Dazu gehören alle besuchten Internetadressen (IPs), alle Mailkontakte sowie die Information, wann man mit wem von wo aus telefoniert hat.

ONLINE-DURCHSUCHUNGEN

Um dem Staat heimlichen Zugriff auf gespeicherte Daten (Kontakte, Korrespondenz, Chatlogs, Browserhistory) zu gewähren, können staatliche Ermittler über das Internet unbemerkt Spionagesoftware („Trojaner“) auf Firmen- und Privatrechner einspielen. Am 25.04.2007 wurde bekannt, dass solche verdeckten Online-Durchsuchungen bereits seit 2005 auf Anordnung Otto Schilys durchgeführt werden, obwohl sie vom Grundgesetz und der Strafprozessordnung nicht gedeckt sind. In den Reihen der großen Koalition wird daher aktuell über eine Grundrechtsänderung zur „Schaffung einer gesetzlichen Grundlage“ von Online-Durchsuchungen debattiert.

PATENTRECHT

Wir lehnen Patente auf Lebewesen und Gene, auf Geschäftsideen und auch auf Software einhellig ab, weil sie unzumutbare und unverantwortliche Konsequenzen haben, weil sie die Entwicklung der Wissensgesellschaft behindern, weil sie gemeine Güter ohne Gegenleistung und ohne Not privatisieren und weil sie kein Erfindungspotential im ursprünglichen Sinne besitzen. Die gute Entwicklung klein- und mittelständischer IT-Unternehmen in ganz Europa hat beispielsweise gezeigt, dass auf dem Softwaresektor Patente vollkommen unnötig sind.

TRANSPARENZ

Die Abkehr vom "Prinzip der Geheimhaltung", der Verwaltungs- und Politikvorstellung eines überkommenen Staatsbegriffs und die Betonung des "Prinzips der Öffentlichkeit", das einen mündigen Bürger in den Mittelpunkt staatlichen Handelns und Gestaltens stellt, schafft nach der festen Überzeugung der Piratenpartei die unabdingbaren Voraussetzungen für eine moderne Wissensgesellschaft in einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung.

INFORMATIONELLE SELBSTBESTIMMUNG

Das Recht des Einzelnen, die Nutzung seiner persönlichen Daten zu kontrollieren, muss gestärkt werden. Dazu müssen insbesondere die Datenschutzbeauftragten völlig unabhängig agieren können. Neue Methoden wie das Scoring machen es erforderlich, nicht nur die persönlichen Daten kontrollieren zu können,

sondern auch die Nutzung aller Daten, die zu einem Urteil über eine Person herangezogen werden können. Jeder Bürger muss gegenüber den Betreibern zentraler Datenbanken einen durchsetzbaren und wirklich unentgeltlichen Anspruch auf Selbstauskunft und gegebenenfalls auf Korrektur, Sperrung oder Löschung der Daten haben.

OPEN ACCESS

Aus dem Staatshaushalt wird eine Vielzahl schöpferischer Tätigkeiten finanziert, die als Produkt urheberrechtlich geschützte Werke hervorbringen. Da diese Werke von der Allgemeinheit finanziert werden, sollten sie auch der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung stehen. Tatsächlich ist dies heute selten der Fall.



Jede Gesellschaft, welche ein bisschen Freiheit aufgibt um etwas mehr Sicherheit zu gewinnen, hat beides nicht verdient und wird auch beides verlieren.

Benjamin Franklin